

LESERBRIEFE

Die Gold-Initiative ist unsinnig und gefährlich

Den Franken schützen, die Preise stabil halten und gute Bedingungen für unsere Wirtschaft schaffen: So lautet der Auftrag der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den sie zuverlässig, erfolgreich und unabhängig erfüllt. Diese Unabhängigkeit ist nun in Gefahr. Grund dafür ist die Gold-Initiative, über welche wir am 30. November abstimmen werden. Diese verlangt, dass die Nationalbank künftig mindestens 20 Prozent ihres Vermögens in Gold anlegen muss. Ausserdem soll die SNB in Zukunft nie wieder auch nur ein Gramm des Edelmetalls verkaufen dürfen. Diese Forderung macht keinen Sinn mehr und basiert auf einer rückwärtsgerichteten, ja nostalgischen Betrachtungsweise der Absicherung unserer Währung. Früher galt Gold tatsächlich als Anker für eine stabile Geldpolitik – doch diese Zeiten sind vorbei. Zudem, was nützt eine Reserve, wenn man diese auch im Not-

fall nicht antasten darf! Der Goldpreis unterliegt heftigen Schwankungen, das Verlustrisiko ist gross. Bei einem Ja zur Gold-Initiative müsste die SNB auf einen Schlag für 65 Milliarden Gold kaufen, um die verlangten 20 Prozent zu erreichen. Im Extremfall könnte der 20-Prozent-Zwang dazu führen, dass die Aktivseite der SNB-Bilanz irgendwann mehrheitlich aus unverkäuflichem Gold bestehen würde. Wenn wir unserer Nationalbank derart enge Schranken auferlegen, nehmen wir ihr jegliche Handlungsfreiheit. Nicht nur die Wirtschaft und die Gewerkschaften, sondern auch eine deutliche Mehrheit des Parlaments sind sich deshalb einig: Die Gold-Initiative gilt es entschieden abzulehnen. Diese Haltung werde ich unterstützen und die Initiative ablehnen.

Urs Marti, Unternehmer und Kantonsrat CVP, Zell

Wir wollen nicht von Brüssel bevormundet sein

Die Schweiz hat es dank ihren seit Jahrhunderten gepflegten Tugenden sowie ihren Werten wie Unabhängigkeit, Freiheit, direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität zu grossem Wohlstand gebracht. Die Schweiz ist damit zu einem der wettbewerbsfähigsten Standorte der Welt geworden. Und dies, nachdem die vereinte Polit-, Wissenschaft- und Wirtschaftselite nach dem EWR-Nein schon einmal den wirtschaftlichen Niedergang vorausgesagt hat.

Heute, über 20 Jahre später, stehen wir in einer sehr ähnlichen Situation. Die Schweiz ist drauf und dran, die bewährten Werte, die uns positiv von anderen Ländern unterscheidet und für die wir respektiert oder gar bewundert werden, gezielt zu demontieren. Für die SVP stehen drei Themen im Zentrum:

1. Selbstbestimmung: Kein schleicher EU-Beitritt. Der Bundesrat hat seine Verhandlungen über die institutionelle Anbindung an die EU sofort abzubrechen, ansonsten wird dieses Vorhaben mit allen zur Verfügung

stehenden Mitteln bekämpft werden. Ergänzend dazu müssen wir sicherstellen, dass künftig Schweizer Recht wieder Vorrang vor fremdem Recht hat. Die SVP muss die direkte Demokratie stärken und sicherstellen, dass angemessene Volksabstimmungen wieder umgesetzt werden.

2. Umsetzung einer griffigen Ausländerpolitik: Sowohl die Ausschaffungsinitiative wie auch die Masseneinwanderungsinitiative müssen durchgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir das ausufernde Asylwesen noch konsequenter angehen und die vielen Missbräuche offenlegen und bekämpfen.

3. Stopp der kontinuierlichen Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren: Da in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden die Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Die Pläne des Bundes lassen den Mehrwertsteuersatz schon bald auf 10,5 Prozent explodieren. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand.

Hans Kuoni, SVP Hergiswil

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Yvonne Hunkeler
CVP, Grosswangen

Liebe Leserinnen und Leser

Luzern muss sparen, Luzern geht es schlecht, Luzern kann kaum mehr seine Leistungen erbringen, Luzern ist in der Krise: So kommt es einem vor, wenn man die Zeitungen liest.

Wir sollten den Kanton Luzern nicht schlechtreden

Diese sind voll von negativen Schlagzeilen, es scheint, als sei der Kanton Luzern ein Scherbenhaufen. Doch ist das wirklich so? Reden wir den Kanton Luzern nicht einfach schlecht? Im Vergleich zu anderen Kantonen können wir in vieler Hinsicht stolz sein, denn viele unserer Hausaufgaben sind

gemacht. Gerne gebe ich dazu ein paar Beispiele aus meiner persönlichen Sicht.

Autonome Gemeinden

Mit «Luzern '99» wurden grundlegende Reformen eingeleitet, welche die Gemeindestrukturen verschlankt haben. Mit der Strukturreform ist im Kanton Luzern einiges in Bewegung geraten: In vielen Gemeinden hat die Stimmbevölkerung Ja gesagt zu einer Fusion und in weiteren Gemeinden ist man daran, einen Zusammenschluss zu prüfen. Daneben wurden mit der Aufgaben- und Finanzreform die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen zwischen dem Kanton Luzern und den Gemeinden entflochten und der Finanzausgleich grundlegend umgebaut. Mit der Reform des Gemeindegesetzes vor einigen Jahren haben die Kommunen viel Autonomie gewonnen. Heute kann jede Gemeinde, je nach politischer Kultur und personeller Ausgangslage, ein Geschäftsführermodell, ein Modell mit einem hauptamtlichen Gemeinderatsmitglied oder eine andere Form der Gemeindeführung wählen. Gemeinden sind eigenständig im Vollzug ihrer Aufgaben, sei es im Alleingang oder in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. So liegen die

Entscheidungskompetenzen für viele öffentlichen Aufgaben auf der untersten Staatsebene, dies wird einem föderalistischen System gerecht.

Sanierter Luzerner Pensionskasse

Die Luzerner Pensionskasse wurde um die Jahrtausendwende vollständig ausfinanziert. Heute steht sie ohne Staatsgarantie und mit einem Deckungsgrad von 106,3% da. Viele andere Kantone müssen diese herausfordernde Hausaufgabe noch lösen. Der Kanton Bern beispielsweise hat zwei sehr bedeutende Pensionskassen. Beide hatten per Ende 2013 einen Deckungsgrad von gut 80%. Deren Deckungslücken betragen damals über 3,6 Milliarden Franken, was rund der Hälfte des Staatshaushaltes des Kantons Bern entspricht. Gegen die Sanierungsvorlage des Kantons Bern wurde das Referendum ergriffen. Doch die Berner Stimmberechtigten haben im Mai 2014 deutlich Ja zur Sanierung der Pensionskasse gesagt. Daraus entstehen dem Kanton Bern Neuschulden von rund 2,4 Mia. Franken.

Privatisierte Luzerner Kantonalbank

Viele Kantone müssen sich auf politischer Ebene mit Fragestellungen rund

(Fünfundsechzig Minuten = 7.30–8.15 und 13.30–14.00 Uhr).

Ich habe mehrmals bei der Poststelle bei verschiedenen Mitarbeitern nachgefragt, weil ich diese kundenfreundliche Abfertigung nicht verstanden habe. Schliesslich habe ich mit einem Mitarbeiter der PostMail, Briefzustellregion Sursee, telefoniert. Der Herr hat mir die «Geschichte» nicht wirklich abgenommen: «Das kann doch gar nicht sein. Das glaube ich nicht. Dort frage ich nachher einmal nach, was das zu bedeuten hat.»

Leider ist es so und es ist leider keine Übergangslösung, wie man mir auf Anfrage mitgeteilt hat. Ich verstehe es nicht – verstehen Sie es? Post Willisau – eine Dienstleistung schafft sich ab!

Olaf Borchert,
Münzen Borchert, Willisau

Abschottung bedeutet Totalschaden

Sollen wir die Zuwanderung verbieten, um «die natürlichen Lebensgrundlagen» zu erhalten? Das Ecopop-Rezept wäre hoch wirksam, aber sicher nicht so, wie es sich die Initianten ausmalen. In Mitleidenschaft gezogen würden die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Schweiz. Es käme nicht nur zu einem Mangel an Fachkräften, sondern auch an Zahlern in die Sozialwerke. Die Natur aber hätte wenig von unserer Abschottung. Produziert würde anderswo. Und die Schweiz geriete selbstverschuldet in eine Rezession. Abschottung kann in einer auf Mobilität und Kommunikation basierenden Gesellschaft keine Lösung sein. Sie bewirkt eine Lähmung und zerstört unsere Fähigkeit, als Gesellschaft Lösungen für ökologische und soziale Probleme zu finden.

Romy Odoni, Kantonsrätin FDP, Rain



ANNO DAZUMAL

Dieses Bild entstand um 1926 und zeigt die Familie Rölli-Zimmermann vom Hof Nespel, Hübeli, Gemeinde Hergiswil. Von links: Rosa (Jahrgang 1918), Katharina Zimmermann (1875), Anna Rölli-Zimmermann (1877), Emma (1910), Robert (1909), Josef (1911), Robert Rölli-Zimmermann (1874) mit dem «Böttu» in der Hand, Emil (1913), Theodor (1920). – Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Annelies Stalder, Willisau.